

LauSner Post



Das Mitteilungsblatt der SP Lausen

www.sp-lausen.ch

Ausgabe Februar 2021

Liebe Lausner*innen

Hoffentlich geht es euch auch in den unangenehmen Corona-Zeiten den Umständen entsprechend gut. Trotzdem sollten wir die Hoffnung auf bessere Zeiten, mit weniger Einschränkungen, nicht aufgeben. Es bleibt uns leider nichts anderes übrig als uns weiterhin an die Massnahmen zu halten und gemeinsam alles daran zu setzen, dass wieder bessere Zeiten kommen.

Bericht von Andreas Schmidt, Gemeinderat der SP Lausen

Wenn ich zurückschaue auf das letzte Jahr, kann ich es kaum glauben, was mit der Welt los ging mit der SARS-CoV2 Pandemie. Ich arbeite in der Psychiatrie und wir haben einiges gestaltet, damit dieser Krug an uns vorbeigeht, und bis anhin haben wir dies gut gemeistert (Holz alänge!). Und im Gemeinderat haben wir, als die AHA Regeln kamen, erst das Sitzungszimmer gewechselt, sodass wir in einem grösseren Raum jeder für sich ein Tisch haben. Somit konnten wir den Abstand einhalten und wir trugen natürlich Schutzmasken. Die wöchentlichen GR-Sitzungen reduzierten wir auf 2-wöchentlich. Solange die Restaurants offen waren, kehrten wir nach den Sitzungen ein. Nun ist auch dies passé.



Wir sagten die März-Gemeindeversammlung ab, planten aber fest die Sommersitzung im Juni in der Aula Mühlematt ein, selbstverständlich mit einem von der Regierung abgesegneten Schutzkonzept. Dies auch, um uns von dieser Pandemie nicht alles abzwängen zu lassen. Im

Sommer entspannte sich die Lage etwas, doch wir hielten die Sitzungen weiterhin an den Einzeltischen ab. Im Spätherbst haben wir dann unsere Sitzungen in den Gemeindesaal verlegt, wo mehr Luft zur Verfügung steht. Wir hielten zwei Versammlungen in der Mehrzweckhalle Stutz ab, die Infoveranstaltung Sanierung Unterdorf und die Einwohnergemeindeversammlung.

Im 2021 können wir nicht mehr auf die Stutzturnhalle zurückgreifen, da das Impfzentrum die ganze Halle in Beschlag nimmt. Kommissionssitzungen wurden soweit möglich weitergeführt, teils auch per Zoom. Andere Arbeitsgruppen tagten unter anderem im Gemeindesaal. Wir sind in der Auseinandersetzung mit einem elektronischen Tool für die Sitzungsvorbereitung und -durchführung für den Gemeinderat, von welcher wir etwas Zeitersparnis für unsere Sitzungen erwarten. Ich wünsche mir, dass wir irgendeinmal ein rotes Licht sehen, wie ein Restaurantbetreiber treffend sagte, dass uns das Ende dieser Herausforderung anzeigt. Bis dahin bleiben wir kreativ vorsichtig und zwischendurch auch mutig, kraftvoll, aber nicht fahrlässig. Es ist toll, wie uns unsere Verwaltung auch in dieser Zeit tatkräftig unterstützt und Homeoffice nachgeht, wo dies möglich ist.

EMPFEHLUNGEN DER SP BASELSTADT FÜR DIE VOLKSABSTIMMUNGEN VOM 7. März 2021

Verhüllungsverbot

NEIN

Indirekter Gegenvorschlag

JA

Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»

Die Gesichtsverhüllung ist in der Schweiz ein Randphänomen. Frauen, die ihr Gesicht verhüllen, sind bei uns nur sehr selten anzutreffen. Oft handelt es sich um Touristinnen, die sich nur vorübergehend hier aufhalten.

Durch den Gegenvorschlag des Bundesrats und Parlament wird eine Lücke geschlossen, denn bei einer Kontrolle zur Identifizierung muss das Gesicht gezeigt werden. Der Gegenvorschlag stärkt die Rechte der Frauen mit punktuellen Gesetzesänderungen in den Bereichen Integration, Gleichstellung und Entwicklungszusammenarbeit.

«E-ID-Gesetz»

NEIN

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste

Das neue Gesetz regelt, wie Personen im Internet eindeutig identifiziert werden, damit sie Waren oder Dienstleistungen einfach und sicher online bestellen können. Auch können sie damit ein Bankkonto eröffnen oder ein amtliches Dokument anfordern. Die E-ID ist freiwillig. Der Bund kontrolliert die Anbieterinnen der E-ID, welche Unternehmen, Kantone oder Gemeinde sein können. Die Vorschriften zum Datenschutz sind sehr streng.

Warum ein Nein? Die Herausgabe von Identitätsausweisen muss in staatlicher Verantwortung bleiben und gehört unter demokratischer Kontrolle.

Die SP und viele Organisationen, Parteien sowie Seniorenverbände sind dagegen, dass private Anbieter, sowie Banken und Versicherungen amtliche Ausweise herausgeben können und sensible Daten der Bürger verwalten.

Freihandelsabkommen mit Indonesien

STIMMFREIGABE

Bundesbeschluss über die Genehmigung des umfassenden Wirtschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien

Das Abkommen sieht vor, dass alle wichtige Schweizer Güter zollfrei nach Indonesien exportiert werden können. Im Gegenzug schafft die Schweiz die Zölle für indonesische Industrieprodukte ab. Für Agrarprodukte aber nur teilweise, dies zum Schutz der Schweizer Landwirtschaft. Für den Import von indonesischem Palmöl sieht das Abkommen für eine beschränkte Menge gewisse Zollreduktionen vor. Wer Palmöl zu diesen Bedingungen importieren will, muss nachweisen, dass es unter Einhaltung der vereinbarten Umwelt- und Sozialauflagen produziert wurde.

Das Referendumskomitee ist gegen dieses Abkommen, weil wirksame Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten fehlen. Das billige Palmöl führt zur Zerstörung von Urwäldern und konkurrenziert zudem in der Schweiz z.Bsp. Sonnenblumen- und Rapsöl. Stündlich verschwindet Regenwald, auch für die Entwicklung neuer Palmölplantagen. Die Palmölwirtschaft verschärft auch die Klimakrise. Die Befürworter entgegnen, dass es hingegen das erste Mal ist, dass bei einem Freihandelsabkommen solche Umwelt- und Sozialauflagen aufgenommen wurden. Palmöl wird auch ohne das Abkommen importiert, dann aber ohne das Erfordernis der Einhaltung der Umwelt- und Sozialauflagen.

Reduktion der Kompetenzbeschreibung in den Lehrplänen

NEIN

Formulierte Gesetzesinitiative «Die gigantische und unerfüllbare Anzahl von 3'500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen auf ein vernünftiges Mass reduzieren»

Die SP Baselland lehnt die Initiative klar ab. Die Bildungskommission hat sie auch einheitlich abgelehnt. Wenn man ausrechnet, wie viele Kompetenzen pro Fach und Jahr vorgegeben sind, z.B. anhand der 3. Klasse der Sekundarschule, dann ergibt dies 10 Kompetenzen pro Fach und Schuljahr. Denn nicht alle Fächer werden von Schüler und Schülerinnen besucht, es gibt Wahl- und Freifächer. Eine Reduktion der Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen der Volksschule ist willkürlich und unnötig und wäre auch teuer.

Bekämpfung der Schwarzarbeit und des Arbeitsmarktaufsichtsgesetzes

2x JA

Revision des Gesetzes über die Bekämpfung der Schwarzarbeit und des Arbeitsmarktaufsichtsgesetzes (AMAG)

Wegen Missstände bei der Arbeitsmarktkontrolle hat der Regierungsrat nach Vorstössen im Landrat (u.a. durch die SP) die Revision des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und des Arbeitsmarktaufsichtsgesetzes in Vernehmlassung gegeben und Verbesserungen wurden erzielt. Die Kontrolle der Arbeitsbedingungen wird weiterhin ausgelagert, der Kanton kann aber bei Missständen diesen Auftrag den Sozialpartner wieder entziehen. Zudem werden die Kontrolltätigkeiten regelmässig von einer unabhängigen Stelle evaluiert. Mit Annahme der revidierten Gesetze würde der Schutz der Arbeitsbedingungen wieder im Vordergrund stehen.

MITMACHEN

Die SP Lausen ist vertreten im Gemeinderat, in den Kommissionen und im Landrat. Sind Sie auch interessiert, was in unserer Gemeinde gerade politisch aktuell ist? Haben Sie Ideen oder Anliegen, die unsere Gemeinde betreffen? Besuchen Sie uns an einer Versammlung oder informieren Sie sich telefonisch oder im Internet oder melden Sie sich unter sekretariat@sp-lausen.ch.

Impressum

Herausgeberin: SP Lausen, 4415 Lausen

Auflage: 2500 Exemplare

Redaktion: Maria van de Vlekkert / Tania Cucè

Druck: Druckhüsli Sissach